

## Rechtsradikaler Minister betet an Jerusalems heiligstem Ort

Far-right Minister Itamar Ben Gvir betet am sensibelsten heiligen Ort Jerusalems und verletzt damit eine jahrzehntelange Vereinbarung. Seine Aktionen stießen weltweit auf heftige Kritik und Sorgen um den Frieden.



Ein rechtsextremer Minister Israels sorgte am Sonntag für Empörung, als er eine Gruppe von Gläubigen in Gebet am sensibelsten **heiligen Stätte in Jerusalem** führte, obwohl ein jahrzehntealter Vertrag Juden das Gebet dort untersagt.

### Angriffe auf den Status Quo in Jerusalem

Der Nationale Sicherheitsminister **Itamar Ben Gvir**, der zuvor wegen Unterstützung von Terrorismus und Anstiftung zu anti-arabischem Rassismus verurteilt wurde, gedachte am Tisha B'Av, einem jüdischen Trauertag, im **Al-Aqsa-Moscheen-**

**Komplex**, den Juden als Tempelberg bekannt. An diesem Tag gedenken die Juden der Zerstörung von zwei alten Tempeln, die einmal auf diesem Land standen.

## **Kontroversen und Reaktionen**

Während seines Aufenthalts rief er sein Land dazu auf, Gaza zu „erobern“ und die Palästinenser zu ermutigen, die Enklave zu verlassen. Der Komplex ist die heiligste Stätte im Judentum, an der Juden beim Gebet in Richtung der Stätte schauen. Ebenso ist es der drittheiligste Ort im Islam.

Jeder kann die Stätte besuchen, jedoch ist es nur Muslimen erlaubt, dort zu beten, basierend auf einer als ‚Status Quo‘-Vereinbarung bekannten Vereinbarung, welche seit der Eroberung der Altstadt Jerusalems durch Israel von Jordanien im Jahr 1967 existiert.

Ben Gvir hat den Komplex schon mehrfach besucht, auch während **früherer Tisha B'Av-Gedenkveranstaltungen**, jedoch hat er noch nie zuvor eine Gebetsgemeinschaft dort geleitet.

## **Internationale Reaktionen**

Das palästinensische Ministerium für religiöse Angelegenheiten verurteilte Ben Gvir umgehend und bezeichnete ihn als „Extremisten“. Sie fügten hinzu, dass sein Handeln „die Empfindungen der Muslime auf der ganzen Welt, nicht nur in Palästina, offen ignoriert“.

Islamische heilige Stätten seien täglich „Verletzungen durch Siedlergruppen ausgesetzt, die unter dem Schutz einer rechtsgerichteten Regierung operieren, die aktiv daran arbeitet, sowohl islamische als auch christliche heilige Stätten durch einen klaren und systematischen Plan zu kontrollieren“, erklärte das Ministerium in einer Mitteilung.

Jordanien, das die heilige Stätte verwaltet, und Saudi-Arabien verurteilten ebenfalls Ben Gvirs Handlungen. Die jordanische Außenminister erklärte den Vorfall als „offene Verletzung des Völkerrechts und des internationalen humanitären Rechts, als inakzeptable Provokation und als eine verurteilte Eskalation“.

## **Polarisierung im Konflikt**

Die Hamas bezeichnete Ben Gvirs Handlung als „schwere und escalating Gräueltat gegen die Moschee“. Die Palästinenser streben Ostjerusalem, wo sich der Komplex befindet, als Hauptstadt ihres zukünftigen Staates an. Der Großteil der internationalen Gemeinschaft betrachtet den östlichen Teil der Stadt als unter israelischer Besatzung.

Später am Sonntag erklärte das Büro des israelischen Ministerpräsidenten, dass die „Politik der Aufrechterhaltung des Status Quo am Tempelberg sich nicht verändert hat und sich nicht ändern wird“. In der Vergangenheit betonte das PMO, dass die Politik bezüglich der Stätte von der israelischen Regierung und ihrem Ministerpräsidenten und nicht von Einzelpersonen bestimmt wird.

## **Gebete für den Krieg**

Während seines Besuchs am Sonntag betete Ben Gvir „für Israels vollständigen Sieg im Krieg und für die sichere Rückkehr aller **Geiseln**“, wie sein Büro berichtete.

„Es muss von hier aus eine Botschaft gesendet werden: den gesamten Gazastreifen zu erobern, die Souveränität über ganz Gaza zu erklären, jedes Hamas-Mitglied zu eliminieren und freiwillige Emigration zu fördern“, erklärte der Minister in einem Video, das im Komplex aufgenommen wurde. „Nur so können wir die Geiseln zurückbringen und den Krieg gewinnen.“

Früher in dieser Woche wurde Ben Gvir von den Niederlanden als **unerwünscht erklärt**, nachdem er angeblich Gewalt gegen

Palästinenser angestiftet, sich für die Erweiterung illegaler Siedlungen ausgesprochen und für „ethnische Säuberung im Gazastreifen“ plädiert hatte, wie der niederländische Außenminister Caspar Veldkamp in einem Schreiben darlegte.

Dies folgte, nachdem Australien, Kanada, Neuseeland, Norwegen und das Vereinigte Königreich **Sanktionen gegen ihn** sowie den israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich im Juni verhängten.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**